

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen
am 09.03.2023

Tagungsort: Aula des Schulzentrums Heepen, Alter Postweg 37,
33719 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 20.25 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Holm Sternbacher

Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Hans Altmüller

Frau Anja Bartsch

Herr Dr. Guido Elsner

(Vors.)

Frau Elke Grünewald

Stellv. Bezirksbürgermeisterin

-RM-

Herr Hartwig Horn

Herr Stephan Richter

SPD

Frau Regina Klemme-Linnenbrügger (Vors.)

Frau Roswitha Lammel

Herr Selçuk Solmaz

Frau Jennifer Wittrowski

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Marianne Kreye

(Vors.)

Herr Markus Kremmelbein

FDP

Herr Jürgen Hölker

Die Linke

Herr Reinhard Offelnotto

Entschuldigt fehlen:

SPD

Herr Thomas Euler

AfD

Herr Jonas Vriesen

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung

-/-

Verwaltung:

Frau Choryan	Amt für Verkehr	TOP 6 bis 8
Herr Schöning	Amt für Schule	TOP 9 bis 14
Herr Schwarz	ISB	TOP 9 bis 14
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Bittner	Bezirksamt Heepen	
Frau Nebel	Bezirksamt Heepen	Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er merkt an, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird wie folgt abgehandelt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Beschilderung Buschbachweg

(BV Heepen, 17.11.2022, TOP 1 sowie 19.01.2023, TOP 3.3 und 09.02.2023, TOP 3.2)

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) nimmt Bezug auf die Antworten des Amtes für Verkehr vom 19.01.2023 sowie 09.02.2023 zu seinen Fragen zu o.a. Thema. Darin habe die Verwaltung um die Benennung konkreter Fragestellungen gebeten, sofern noch Fragen offen seien. Diese wolle er heute stellen.

Zum einen fragt er nach, mit welcher Begründung ihm das Amt für Verkehr unterstelle, er könne keinen Lieferverkehr-LKW von einem Gelenkbus unterscheiden.

Zum anderen fragt er nach, mit welcher Begründung (Schreiben vom 09.02.2023) behaupte das Amt für Verkehr, es gebe keinen „hohen Parkplatzsuchverkehr“, wenn trotzdem die Privatparkplätze von Fremdparkern belegt würden und wenn selbst Mitarbeitende der Stadt Bielefeld diese Privatparkplätze rechtswidrig belegten und die Stadt sich weigere, die in Rechnung gestellten Kosten zu bezahlen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher sichert Herrn Kettner die Weiterleitung seiner Fragen an das Amt für Verkehr zu.

b) Ampelanlage „Endstation“ Milser Straße

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) berichtet, die Verwaltung hätte eine Mitteilung bezüglich einer geplanten Wartung der Ampelanlage „Endstation Milser Straße“ herausgegeben.

Er fragt nach, wo die Ampelanlage „Endstation“ Milser Straße sei bzw. ob die Stadt Bielefeld über hinreichende Ortskenntnisse verfüge.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dabei handele es sich um die Fußgängerampel in Höhe der Stadtbahnhaltestelle.

Herr Kettner erwidert, diese sei aber nicht die „Endstation“ der Stadtbahnlinie 2.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, er werde den Hinweis weiterleiten.

c) Grundschule Brake

Frau Dopheide (Einwohnerin des Stadtteils Brake) erklärt, sie sei heute in ihrer Funktion als Vertreterin der Schulpflegschaft der GS Brake anwesend. Sie führt zur Situation an der GS folgendes aus:

„Die Kinder sind mit dem schlechten Zustand der Toiletten in der Grundschule Brake unzufrieden. Ich verweise auf die detaillierten Ausführungen im gemeinsamen Antrag der Schulpflegschaft, Schulleitung, OGS-Leitung, des Stadtsporthundes und OGS-Elternrats aus 2019, der in den folgenden Gremien besprochen bzw. behandelt wurde:

- Bürgerausschuss, 24.09.2019*
- Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung, 12.11.2019*
- Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb, 19.11.2019*
- Schul- u. Sportausschuss, 26.11.2019*

In Letzterem wurde folgender Beschluss gefasst:

Hinsichtlich der Beanstandungen im Toilettenbereich wird der ISB im Rahmen seiner Zuständigkeit gebeten, den Zustand weiter im Blick zu haben und Optimierungen bzw. Sonderreinigungen im Rahmen seiner Eigentümerfunktion vorzunehmen. Der Fliesenboden soll unverzüglich gründlich gereinigt und versiegelt werden.

Bereits zwei Jahre früher, in der Sitzung der BZV Heepen am 12.10.2017 wurde hinsichtlich der Toiletten an der Grundschule Brake folgender Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, spätestens beim Neubau bzw. bei der Erweiterung der OGS der Grundschule Brake die Toiletten neu zu bauen bzw. zu sanieren und dieses Projekt zügig umzusetzen.

Aktuell arbeitet die Grundschule Brake nach Informationen der Schulleiterin an einem Konzept zum Schutz der Kinder unter verschiedenen Aspekten. In diesem Zusammenhang wurden Kinder in etwa der Hälfte der Klassen zu Orten befragt, an denen sie sich unwohl fühlen.

Laut aktuellem Zwischenbericht ist die Toilette Thema in jeder Klasse:

- kein Schutz vor den Blicken anderer am Urinal*
- Angst davor, dass das Licht im dunklen Flur nicht an ist, wenn man aus der Toilette herauskommt (kein Bewegungsmelder)*
- Angst vor der Dunkelheit in den Toilettenräumen, weil der Bewegungsmelder nicht zuverlässig ist (Er hängt zu hoch für die Kinder, wurde bereits als Störungsmeldung weitergegeben)*
- Angst davor, dass andere Kinder/Personen unter den Trennwänden in die eigene Toilette schauen oder kommen (Die Trennwände enden in großer Distanz zum Boden.)*
- Angst davor, dass andere Kinder/Personen die Toilettentür von außen öffnen (sei schon mehrfach vorgekommen).*

Zu diesem Sachverhalt stellt Frau Dopheide folgende Fragen:

1.) Welche Maßnahmen hat der ISB seit dem Beschluss in der Sitzung

des Schul- und Sportausschusses am 26.11.2019 unternommen, um die Sauberkeit der Toiletten an der Grundschule Brake zu verbessern? Wir bitten um Auflistung der Maßnahmen und Termine, hilfsweise, falls keine konkreten Termine benannt werden können, um Auflistung der zeitlichen Abstände, in denen diese Maßnahmen erfolgt sind (z.B. im Abstand von 6 Monaten).

2.) Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, die Situation in der Übergangszeit bis zur Sanierung zu verbessern?

3.) Unter Bezugnahme auf den Beschluss der BZV Heepen vom 12.10.2017 und auf die aktuelle Befragung der Kinder durch die Lehrkräfte zu Orten, an denen sie sich unwohl fühlen, bitte ich um Auskunft, wie der bauliche Zustand der Toiletten nach dem Neubau aussehen wird, vor allem der der Jungen-Toiletten, ob z.B. statt Urinalen getrennte abschließbare Kabinen für Jungs vorgesehen sind, um die Privatsphäre zu schützen (Stichwort sexuelle Selbstbestimmung durch Schutz vor den Blicken anderer).

Zusatzfrage 1: In welcher Form werden die Schule und die Kinder in die Planungen einbezogen?

Zusatzfrage 2: Ist auch für die im Obergeschoss befindlichen Toiletten die Sanierung vorgesehen? Falls nein, warum nicht?“

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, die Bezirksvertretung habe im Rahmen der Bereisung der öffentlichen Einrichtungen im Stadtbezirk in dieser Woche auch die GS Brake besucht und habe die von Frau Dopheide angesprochenen Themen ebenfalls festgestellt. Die Bezirksvertretung werde diese auch künftig eng begleiten.

Ihre Fragen werde er an die Verwaltung mit der Bitte um Beantwortung weiterleiten.

d) OGS-Erweiterung an der GS Brake

Frau Dopheide (Einwohnerin des Stadtteils Brake) nimmt Bezug auf die Informationsvorlage zu o.a. Thema, die in der heutigen Sitzung unter TOP 11 beraten wird.

Nach ihrem Kenntnisstand werde bis zur Fertigstellung der OGS-Erweiterung ein Modulbau als Übergangslösung errichtet. Sie fragt nach, an welcher Stelle dieser Modulbau verortet werde und welche Fläche (Parkplatz, Grünstreifen, etc.) dafür aufgegeben werde.

Des Weiteren fragt sie nach, ob das Personal für die Frischeküche durch den Schulträger oder den OGS-Träger gestellt werde bzw. bei wem diese Kräfte angestellt würden.

Abschließend bittet sie um Mitteilung, ob es zu dem Thema der OGS-Erweiterung einen Erörterungstermin unter Beteiligung von Eltern, Lehrkräften und/oder Schüler*innen geben werde.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher sichert Frau Dopheide die Weiterleitung ihren Fragen an die Verwaltung zu.

e) Schließung der Filiale der Deutschen Post AG im Stadtteil Brake

Frau Dopheide (Einwohnerin des Stadtteils Brake) berichtet, dass die Postfiliale in Brake zum 01.03.2023 geschlossen worden sei. Sie fragt nach, an welchem Ort und ggf. ab wann es wieder eine Postfiliale in Brake geben werde.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, die Bezirksvertretung habe auf die Schließung der Postfiliale leider keinen Einfluss, die Deutsche Post AG suche aktuell nach einem neuen Partner, nachdem der bisherige gekündigt habe. Die Bezirksvertretung werde die Deutsche Post AG bitten, ihre Bemühungen um die Suche nach einem neuen Standort für eine Filiale in Brake fortzusetzen.

f) Parksituation Rote Erde/Abgunst

Frau Diestelmeyer (Einwohnerin des Stadtteils Heepen) erklärt, sie sei Anwohnerin des Bentruperheider Weges und habe eine Frage zur Park(platz)situation im Bereich Rote Erde/ Baugebiet Abgunst. Dort habe sie beobachtet, dass regelmäßig auf den abgesenkten Gehwegen geparkt werde, obwohl die Grundstücke i.d.R. ausreichend Fläche für zwei Parkplätze bieten. Dadurch seien insbesondere Kinder und ältere Menschen mit Rollatoren gezwungen, die Straße zu nutzen.

Sie fragt nach, ob hier eine Lösung gefunden werden könne, z.B. durch die Anordnung von Halteverböten.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, er werde die Frage an das Amt für Verkehr mit der Bitte um Stellungnahme weiterleiten.

g) Baugebiet Bentruperheider Weg

Frau Diestelmeyer (Einwohnerin des Stadtteils Heepen) erklärt, ihr Grundstück liege gegenüber der geplanten Kindertageseinrichtung im neuen Baugebiet „Bentruperheider Weg“. Sie fragt nach, welche Anzahl an Stellplätzen für die Kita vorgesehen sei. Nach ihrem Kenntnisstand sehe die Stellplatzsatzung pro 30 Kinder jeweils einen Stellplatz vor. Dies sei ihres Erachtens für den zu erwartenden Elternverkehr zu wenig, gerade auch im Hinblick auf die enge Kurve direkt vor der Kita.

Auch im Hinblick auf das Baugebiet insgesamt äußert Frau Diestelmeyer ihre Befürchtung, dass die Anzahl der geplanten Stellplätze (Carports, etc.) nicht auskömmlich sein werde. Sie verweist u.a. auf den anfallenden Besucherverkehr im Baugebiet. Sie fragt nach, welche Stellplatzsatzung für diese Baugebiet zum Tragen komme. Im Hinblick auf die geplante ÖPNV-Anbindung in dem Gebiet habe sie die Sorge, dass damit ggfls. eine überdurchschnittlich gute Anbindung an den ÖPNV attestiert werde mit der Folge, dass ggfls. noch weniger Parkplätze vorzuhalten seien.

Sie bitte darum, die Satzung noch einmal kritisch zu hinterfragen bzw. im Bebauungsplan für das Gebiet zwei Parkplätze je Wohneinheit vorzusehen, damit es auch insbesondere in der engen Kurve, an der sich alles sammeln werde, nicht zu Unfällen komme.

Frau Diestelmeyer berichtet abschließend, aus anderen Städten sei ihr bekannt, dass für Neubaugebieten jeweils zwei Stellplätze pro Wohneinheit festgesetzt würden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, die Bezirksvertretung werde die Anregungen im weiteren Verfahren mitbetrachten, gibt jedoch zu bedenken, dass die Parkplatznorm vorgegeben sei. Er werde die Anregung bzw. Frage an die Verwaltung weiterleiten, mit der Bitte um Prüfung, welche rechtlichen Möglichkeiten hier bestünden.

h) Bielefelder Tafel am Rabenhof in Baumheide

Frau Groß (Einwohnerin des Stadtbezirks Heepen) erklärt, sie habe erfahren, dass die Bielefelder Tafel in Baumheide keine neuen Nutzer mehr aufnehme, obwohl die Voraussetzungen für eine Nutzung des Angebotes gegeben seien. Derzeit könnten nur sog. Härtefälle berücksichtigt werden und die Bearbeitung von Anträgen könne bis zu 8 Wochen dauern.

Sie fragt nach, wie die Bezirksvertretung die Bedürftigen im Stadtbezirk bei der Versorgung mit Lebensmitteln unterstütze.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, die Bezirksvertretung werde den Verein zur aktuellen Situation befragen und die Verwaltung bitten, die Zugangsvoraussetzungen für die Inanspruchnahme des Angebotes der Bielefelder Tafel darzustellen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 1*

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 09.02.2023

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, das Protokoll sei inhaltlich korrekt, dennoch möchte er an dieser Stelle eine inhaltliche Anmerkung vornehmen, da er den Eindruck habe, dass nachgeordnete Einheiten das Protokoll nicht in Gänze erfassen. Deshalb rege er auch für künftige Beratungen an, Aspekte, die die BV für wichtig erachte, mit in den Beschlusstext aufzunehmen.

Herr Dr. Elsner verweist auf TOP 6.2 „Priorisierung von Erstklässlerinnen und Erstklässlern“ (s. Seite 12/13 der Niederschrift vom 09.02.2023) sowie auf die für die heutige Sitzung vorliegende Antwort des Amtes für Schule (s. TOP 16.3).

Die BV habe in der Beratung des Antrages in der letzten Sitzung generell

auf eine Regelung abgestellt und nicht zwingend auf eine *gesetzliche* Regelung. Es sei darauf hingewiesen worden, dass hier auch einer Form der Selbstverpflichtung in Betracht komme. In der Antwort des Amtes für Schule werde jedoch ausschließlich auf eine gesetzliche Regelung abgehoben. Er bitte darum, diesen Hinweis an das Amt für Schule weiterzuleiten. Zudem bitte er das Amt für Schule um eine Stellungnahme, welche Bemühungen die Verwaltung unternommen habe, um mit den Schulleitungen über den Antrag der BV ins Gespräch zu kommen. Er habe den Eindruck, dass sich die Verwaltung nur mit dem Gesetzestext beschäftigt habe. Die Antwort unter TOP 16.3 halte er für völlig unzureichend.

Unter Berücksichtigung der vg. Anmerkung ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 09.02.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich – TOP 2*

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1

Digitale Abfrage zu Standorten für Fahrradabstellanlagen im Stadtbezirk

Den Mitteilungen beigelegt ist eine Information des Amtes für Verkehr zum Ausbau von Fahrradabstellmöglichkeiten im Stadtbezirk Heepen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 3.1*

-.-.-

3.2

Amphibienschutzmaßnahmen 2023 im Stadtbezirk Heepen

Die Information des Umweltamtes zu den diesjährigen Schutzmaßnahmen an drei Straßenabschnitten im Stadtbezirk Heepen ist den Mitteilungen beigelegt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 3.2*

-.-.-

3.3

Umbau der Küche der Ernst-Hansen-Schule **(BV Heepen, 09.02.2023, TOP 4.4)**

Das Amt für Schule hat zu der Nachfrage aus der o.g. Sitzung mitgeteilt, dass die VHS, als Nutzer der Küche, aufgrund der Kurzfristigkeit des Termins (Einladung des Architekturbüros am Freitag für Montag) und der Tatsache, dass die von der VHS genutzten Küchenzeilen nicht verändert werden sollten, nicht zum Ortstermin eingeladen worden sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 3.3*

-.-.-

3.4

Erstellung eines Straßen- und Wegekonzeptes für die Jahre 2022 - 2026 - Neuerungen im KAG **(BV Heepen, 02.06.2022, Ds. 1631/2020-2025, TOP 13)**

Die Bezirksvertretung hat in der o. a. Sitzung zur Drucksachen-Nr. 1631/2020-2025 einen vom Verwaltungsvorschlag abweichenden Beschluss gefasst.

Die Auszüge aus den jeweiligen Niederschriften des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.09.2022 und des Rates vom 15.09.2022 sind den Mitteilungen beigelegt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 3.4*

-.-.-

3.5

Schüler*innen mit Zuwanderungsgeschichte an den Grundschulen im Stadtbezirk Heepen **(BV Heepen, 19.01.2023, TOP 10)**

Die Antwort des Amtes für Schule auf die Nachfrage aus o.a. Sitzung ist den Mitteilungen beigelegt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 3.5*

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.6 Fahrplananpassungen im Stadtbezirk Heepen (BV Heepen, 09.02.2023, TOP 8)

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Mitteilung des Amtes für Verkehr zu der Nachfrage aus o.a. Sitzung, die an die Mitglieder zu Beginn der Sitzung verteilt wurde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 3.6*

-.-.-

3.7 Absperrung des Adler-Denkmal (BV Heepen, 19.01.2023, Ds. 5317/2020-2025, TOP 4.1)

Vor Beginn der Sitzung wurde eine aktuelle Information des ISB zu o.a. Thema verteilt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 3.7*

-.-.-

3.8 Start der Mobilen Sprechstunde des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD)

Die Mitteilung des Ordnungsamtes zu o.a. Thema ist zu Beginn der Sitzung verteilt worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 3.8*

-.-.-

3.9 Einladung zur Vernissage am 22.03.2023

Herr Skarabis weist auf die Einladung zur Vernissage „Petra Kuhn – Vom Glück der Vielfältigkeit – Malerei“, um 19.00 Uhr, in der Galerie in der Alten Vogtei hin, die zu Beginn der Sitzung verteilt worden ist.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 3.9*

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Durchfahrtsverbot für LKWs auf der Engerschen Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5742/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Der Stadtbezirk Schildesche soll, durch Vorschläge aus dem Lärmaktionsplan vom Durchgangsverkehr entlastet werden.

Die Vorschläge beinhalten, u.a. ein Durchfahrtsverbot für LKWs auf der Engerschen Straße, was sich auch auf den Verkehr in Brake auswirken würde.

Frage:

Gibt es eine Analyse, in wie weit sich ein Durchfahrtsverbot auf beide Stadtbezirke Heepen/Schildesche auswirkt?

Zusatzfrage:

Wird an einem Gesamtkonzept für die Verkehre im Bereich der Engerschen Straße gearbeitet und wann wird es uns in der BZV Heepen vorgestellt?

Dazu liegt folgende Antwort des Amtes für Verkehr vor:

Verkehrsrechtliche Maßnahmen in Form von Verkehrsbeschränkungen (z.B. Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit) oder von Verkehrsverboten (z.B. Durchfahrverbote für bestimmte Fahrzeugarten) erfordern eine umfassende und aufwändige Prüfung der notwendigen Gefahrenlage sowie eine sehr sorgfältige Abwägung aller Interessen. Die entsprechende Prüfung zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm an der Engerschen Straße wird von der Verwaltung derzeit durchgeführt und ist im Ergebnis offen. Die Verwaltung wird die Bezirksvertretung Heepen über das Ergebnis informieren. Die Umsetzung von Maßnahmen, welche Betroffenheiten auch in den angrenzenden Stadtbezirken auslösen würden, wird darüber hinaus von der Verwaltung nicht ohne vorherige Information und notwendige Beteiligung der entsprechenden Bezirksvertretungen angeordnet werden.

Ein generelles Durchfahrverbot für LKW würde tatsächlich eine entsprechende konzeptionelle Planung voraussetzen. Eine solche wurde aufgrund der ergebnisoffenen verkehrsrechtlichen Prüfung bisher nicht beauftragt.

Die Verwaltung geht davon aus, nähere Ergebnisse zur Sitzung der Bezirksvertretung im Mai 2023 mitteilen zu können.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) äußert, es bleibe die weitere Mitteilung der Verwaltung abzuwarten.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, es sei selbstverständlich, dass Lärmreduzierungen an anderen Orten nicht zu Lasten des Stadtbezirks Heepen erfolgen könne.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 4.1*

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Wiederherstellung der Taktung für die Buslinien in Heepen und Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5743/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Bezirksvertretung Heepen bittet das Amt für Verkehr in Zusammenarbeit mit moBiel die alte Taktung der Buslinien in Heepen und Brake wiederherzustellen.

Begründung:

In den Außenbezirken der Stadt Bielefeld gibt es eine große Bereitschaft die geplante und in der Innenstadt teilweise schon umgesetzte Verkehrswende zu unterstützen.

Dazu gab es bereits viele Anregungen aus dem Stadtbezirk Heepen.

Mit den Entscheidungen, einige Buslinien in Heepen und Brake ausdünnen und auch keine Haltestelle für den Schnellbus in Brake anzubieten, sind wir nicht einverstanden.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) berichtet, sie habe in den letzten Wochen zu diesem Thema sehr viele Gespräche mit Bürger*innen geführt, die ihre persönliche, teilweise dramatische Betroffenheit durch die Taktreduzierung geschildert hätten.

Sie erklärt, Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen, bittet jedoch darum, diesen auf den gesamten Stadtbezirk Heepen auszuweiten.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) erklärt sich mit der Änderung einverstanden.

Herr Dr. Elser (Vorsitzender der CDU-Fraktion) bedankt sich bei der SPD-Fraktion für die Initiative, dieses Thema in Antragsform aufzugreifen. Für den Stadtteil Brake habe seine Fraktion dies in der Januarsitzung bereits beantragt, jedoch sei zum damaligen Zeitpunkt noch nicht die Dimension der Taktkürzungen bekannt gewesen. Seine Fraktion werde dem erweiterten Antrag zustimmen.

Herr Dr. Elsner berichtet, dass auch er noch nie so viele empörte Anfragen von Bürger*innen erhalten habe wie zu diesem Thema. Hinsichtlich der Mitteilung von moBiel zur heutigen Sitzung (s. TOP 3.6) -

zu dem Anteil der entfallenden Leistungen im Stadtbezirk Heepen im Vergleich zu anderen Stadtbezirken- führt er aus, dass aus der Statistik deutlich hervorgehe, mit welcher Ignoranz die Außenbezirke hier behandelt würden. Es werde darauf abgehoben, dass bei denen im Stadtbezirk Heepen von der Fahrplananpassung betroffenen Linien die Kürzung in gleichem Umfang erfolge wie in den anderen Stadtbezirken - inkl. des Stadtbezirks Mitte. Jedoch werde nicht berichtet, dass auf rd. 60% der Linien im Bereich Mitte überhaupt nicht gekürzt worden sei. Die Fahrplananpassung habe dazu geführt, dass in den Außenbezirken wichtige Linien, zu denen es auch keine Alternativen gebe, gekürzt worden seien, während es in der Innenstadt Linien gebe, bei denen zwar die Kürzung um einen ähnlichen Prozentsatz wie in Heepen erfolge, die jedoch wesentlich häufiger führen. Zudem gebe es etliche Linien, auf denen das Fahrtangebot gar nicht angepasst worden sei. Hier werde ÖPNV für die Innenstadt gemacht und nicht für die Außenbezirke.

Unter Berücksichtigung der o.g. Anmerkungen ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen bittet das Amt für Verkehr in Zusammenarbeit mit moBiel die alte Taktung der Buslinien *im Stadtbezirk Heepen* wiederherzustellen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich – TOP 5.1*

-.-.-

Zu Punkt 6

Vermeidung des Durchgangsverkehrs im Krähenwinkel nach Realisierung des Baugebietes Amerkamp

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5366/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und begrüßt Frau Choryan vom Amt für Verkehr zur Berichterstattung:

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) erklärt, ihre Fraktion lehne den Beschlussvorschlag ab, da die unterbreiteten Maßnahmenvorschläge nicht zu dem Ergebnis führten, den Durchgangsverkehr von der Oldentruper Str. / Hillegosser Str. zu verhindern. Wichtig sei, dass vor den beiden Schulen kein Durchgangsverkehr erfolge.

Ihre Fraktion stelle deshalb folgenden Antrag:

Mit dem Baubeginn Amerkamp wird der Durchgangsverkehr von der Oldentruper Str./ Hillegosser Str. unterbunden.

Das Amt für Verkehr wird beauftragt, einen Vorschlag mit Maßnahmen zu erarbeiten, der dieses Ziel erreicht.

Der Bezirksvertretung ist das Ergebnis zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Eine bauliche Abbindung erscheint nicht zielführend.

*Die Möglichkeit einer unechten Einbahnstraße erscheint zielführend.
Der Bezirksvertretung war immer ein gefahrloser Besuch der Schulen
besonders wichtig.*

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, ihre Fraktion unterstütze diesen Antrag. Wichtig sei, dass der Durchgangsverkehr bereits mit Baubeginn unterbunden werde.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) bedankt sich beim Amt für Verkehr für die Prüfung der verschiedenen Varianten. Die BV habe viel Energie aufwenden müssen, um dieses Prüfergebnis herbeizuführen. Aus der Sicht seiner Fraktion sei die unechte Einbahnstraße von den vorgestellten Alternativen die einzig praktikable Möglichkeit.

Er spreche sich für die Durchführung einer Verkehrszählung aus, um den Bestand zu erheben. Allerdings sei die Umsetzung der Maßnahme bereits mit Baubeginn wichtig und nicht erst im Anschluss an eine erneute Verkehrszählung nach Fertigstellung des Baugebietes.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher gibt zu bedenken, dass eine weitere Verkehrszählung erst erfolgen könne, wenn das Baugebiet fertiggestellt sei. Dies sei aus seiner Sicht zu spät.

Er nimmt Bezug auf das vom Amt für Verkehr beauftragte Gutachten, in dem die Zeitersparnis für Anwohner des neuen Baugebietes bei Durchfahrt durch die Straße Krähenwinkel errechnet worden sei. Dies sei jedoch nie die Intention der Bezirksvertretung gewesen. Vielmehr stehe die Sicherstellung der Verkehrssicherheit für die Schüler*innen der beiden Schulen und der Nutzer des Sportplatzes im Vordergrund. Ein einseitiges Durchgangsverbot reiche nicht aus, da sonst abends der Rückfahrtverkehr von der Oldentruper Straße zur Hillegosser Straße durch den Krähenwinkel führe. Deshalb werbe er dafür, hier nach einer Lösung zu suchen. Eine bauliche Abbindung komme nicht in Frage.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald erklärt, die einzig probate Lösung sei die einer unechten Einbahnstraße, eine Abbindung durch Poller stelle keine Alternative dar. Es müsse eine Lösung gefunden werden, wie die Rücksichtnahme auf den Standort der beiden Schulen sowie auf die Anwohner des bestehenden Wohngebietes sichergestellt werden könne. Es gelte eine Durchgangsstraße zu verhindern. Sie betont, auch ihr sei wichtig, dass die Maßnahme vor Beginn des Baugebietes umgesetzt werde.

Frau Choryan erläutert, das Amt für Verkehr gehe davon aus, sofern keine Zeitersparnis bei einer alternativen Route gegeben sei, werde dieser Weg auch nicht gewählt.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Mit dem Baubeginn Amerkamp wird der Durchgangsverkehr von der Oldentruper Str./ Hillegosser Str. unterbunden.

Das Amt für Verkehr wird beauftragt, einen Vorschlag mit Maßnahmen zu erarbeiten, der dieses Ziel erreicht.

Der Bezirksvertretung ist das Ergebnis zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Eine bauliche Abbindung erscheint nicht zielführend.

Die Möglichkeit einer unechten Einbahnstraße erscheint zielführend.

Der Bezirksvertretung war immer ein gefahrloser Besuch der Schulen besonders wichtig.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich – TOP 6*

-.-.-

Zu Punkt 7

Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030; hier: Fußverkehrsstrategie - Leitfaden

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4675/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und begrüßt Frau Choryan vom Amt für Verkehr zur Berichterstattung.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher kritisiert eingangs, dass die Verwaltung der Bezirksvertretung aufgrund der umfangreichen Vorlage keinen stadtbezirksbezogenen Auszug vorgelegt habe. Er bittet darum, diesen nachzureichen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) schließt sich der Kritik von Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher an.

Darüber hinaus bemängelt er, dass den Gremien inzwischen mehrere Konzepte zum Thema Mobilität vorgelegt worden seien, die sich aus seiner Sicht -gerade im Stadtbezirk Heepen- massiv widersprechen. Deshalb habe die Bezirksvertretung in der Vergangenheit bereits mehrfach eine integrierte Sicht gefordert. Als Beispiel führt er die Planungen zum Rabenhof an. Hier überlagerten sich mehrere Konzepte, z.B. ÖPNV-Nutzung, Nutzung als Flaniermeile oder Fahrradstraße.

In der Vorlage, so führt Herr Dr. Elsner weiter aus, seien viele Maßnahmen angesprochen, über die die BV im Einzelfall und nicht im Rahmen eines Konzeptes entscheiden wolle. Die Maßnahmen seien von der BV bisher nicht beschlossen worden. So würden im Konzept u.a. sog. Quick-Wins, wie z.B. ein Parkverbot auf Gehwegkanten, angesprochen. Ein solches Konzept solle pauschal eingeführt werden ohne zu hinterfragen, wo PKWs alternativ parken könnten. Die BV wolle über die Einzelfälle entscheiden und nicht pauschal alles im Rahmen eines Konzeptes beraten.

Darüber hinaus geht Herr Dr. Elsner auf die durchgeführte Online-Befragung ein, dies könne nicht als eine Absicherung durch die öffentliche Meinung gewertet werden. Für den Stadtbezirk Heepen hätten nur sehr wenige Bürger*innen teilgenommen. Daraus könne keine Zustimmung zum Konzept abgeleitet werden. Die Maßnahmen müssten in der BV, als dem von den Bürger*innen des Stadtbezirkes legitimierten Gremium, erörtert werden.

Abschließend erklärt er, es sei der Beschlussvorlage nicht zu entnehmen,

warum der Beitritt der Stadt Bielefeld zum Verein FUSS e.V. vorgeschlagen werde. Dieser Verein sei aus seiner Sicht parteipolitisch nicht neutral. Der Beitritt sei ohne die Benennung sachlicher Gründe nicht weiterzuverfolgen. Ggfls. leiste der Verein gute Arbeit, das sei aber der Vorlage nicht zu entnehmen. Zudem gibt es zu bedenken, dass dann im Zuge der Gleichbehandlung auch ein Beitritt im Rahmen der Radverkehrsstrategie z.B. zum ADFC, beraten werden müsse.

Seine Fraktion rege deshalb an, die Vorlage in der vorgelegten Fassung abzulehnen.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) schließt sich der vorgenannten Kritik an und bemängelt zudem, dass in das projektbegleitende Fachteam keine Mitglieder der Bezirksvertretung einbezogen worden seien. Auch ihre Fraktion lehne die Vorlage in der aktuellen Fassung ab.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher ergänzt, dass die Bezirksvertretung auch zu dem Termin für eine fußläufige Begehung des Stadtteils Baumheide, an der lediglich wenige Bürgerinnen und Bürger teilgenommen hätten, nicht eingeladen worden sei.

Er nimmt Bezug auf die Aussage in der Vorlage, neben der bereits beschlossenen zusätzlichen 0,5 Stelle im Amt für Verkehr im Stellenplan 2024 ff. weitere 1,2 Stellen für die Fachverwaltung (Bauamt, Gesundheitsamt und Umweltamt) vorzusehen. Er vermisse hier eine Erhöhung des Stellenanteils im Bezirksamt, denn dort erhöhe sich aufgrund der zur Beratung und Umsetzung anstehenden diversen Mobilitätskonzepte der Arbeitsaufwand ebenfalls erheblich.

Auch aus seiner Sicht könne den nachfolgenden Gremien eine Beschlussfassung der Vorlage in der vorliegenden Fassung nicht empfohlen werden.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Elsner und Frau Klemme-Linnenbrügger zu und weist auf die INSEK-Planung für den Stadtteil Baumheide hin. Dafür liege eine Wege- und Mobilitätsplanung vor, die nicht mit denen im Gutachten beschriebenen Aufgaben übereinstimme. Die BV bitte deshalb erneut darum, die diversen Planungen übereinander zu legen und aufeinander abzustimmen. Sie erwarte, dass sich die Ämter untereinander abstimmen.

Außerdem bitte sie darum, die Vorschläge auf die einzelnen Stadtbezirke herunter zu brechen. Das Konzept zeuge nicht von einer guten Ortskenntnis der Planer.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich für eine 1. Lesung der Vorlage in der heutigen Sitzung aus bzw. regt an, diese nicht pauschal abzulehnen, um fachlich weiter mit der Verwaltung im Gespräch zu bleiben.

Herr Dr. Elsner erklärt, Ziel sei es, weiter an dem Thema zu arbeiten, aber es müsse deutlich werden, dass die BV diesem Konzept nicht zustimmen könne. Die Verwaltung sei gefordert, hier neue Vorschläge zu unterbreiten. Insbesondere fehle die Beteiligung der Bezirke an der Erarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen.

Erläuternd führt Herr Dr. Elsner aus, dass einerseits gute Maßnahmen-

vorschläge, wie z.B. Querungshilfen, in der Vorlage enthalten seien, jedoch obliege es der BV zu entscheiden, an welchen Stellen und mit welcher Priorität die Maßnahmen umgesetzt werden. Diese Entscheidungskompetenz könne der BV nicht durch ein Konzept genommen werden. Der nächste Vorlagenentwurf müsse daher deutlich machen, dass die BV ihre Kompetenzen auch wahrnehmen könne. Die Verbesserung der Fußwege sei auch Ziel der BV, aber in der Umsetzung solcher Ideen dürfte nicht von den üblichen politischen Verfahren abgewichen werden. Damit könne auch vermieden werden, dass Maßnahmen beschlossen werden, die sich widersprechen.

Herr Dr. Elsner betont noch einmal, dass der Beitrittsantrag für den Verein FUSS e.V. aus der Vorlage herauszunehmen sei.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass Einvernehmen bestehe, die Vorlage in der vorgelegten Fassung abzulehnen, verbunden mit der Bitte an die Verwaltung, die vg. Einwände der BV aufzuarbeiten und das Thema erneut in einer der nächsten Sitzungen der BV vorzustellen.

Frau Choryan stellt im Folgenden anhand einer PowerPoint-Präsentation einige Eckpunkte der Fußverkehrsstrategie vor. Sie geht dabei insbesondere auf die Projektstruktur, das bereits politisch beschlossene Strategiepapier, den Leitfaden zur Konkretisierung der Leitziele sowie das Modellquartier Baumheide ein.

Sie führt aus, dass das Konzept der Fußverkehrsstrategie das letzte in der Reihe der Mobilitätskonzepte sei und der Verwaltung seien die von der BV geschilderten Probleme hinsichtlich des Zusammenwirkens der Konzepte bewusst. Aus den Erfahrungen bei der Erstellung der vorherigen Konzepte heraus habe die Verwaltung sich entschieden, hier bereits einige Maßnahmenvorschläge aufzunehmen, die es ermöglichen, direkt nach dem Beschluss der Strategie mit der Ausarbeitung zu beginnen.

Sie führt aus, dass bei der Umsetzung der sog. Quick-Wins nicht beabsichtigt sei, beispielsweise das Gehwegparken flächendeckend zu verhindern. Dies sei eher als ein Programm zu sehen, zudem müsse auch die aktuelle rechtliche/gerichtliche Beurteilung des Gehwegparkens im Blick behalten werden.

Frau Choryan erläutert, die Fußverkehrsstrategie enthalte Qualitätskriterien, die bei der Umsetzung von Maßnahmen gesamtstädtisch zu berücksichtigen seien. Beispielsweise müssten bei der Umsetzung einer Radverkehrsmaßnahme gleichzeitig die Belange des Fußverkehrs mitgedacht werden.

Im Weiteren geht sie auf die Zusammensetzung des Projektteams ein und erläutert die durchgeführte Online-Beteiligung zur Einbindung der Öffentlichkeit.

Sie führt aus, dass der Leitfaden (Anlage 1 der Vorlage) die Leitziele konkretisiere und auch die Handlungsoptionen und Qualitätsmerkmale darstelle.

Für die Modellquartiere seien Pilotprojekte vorgeschlagen worden, die exemplarisch an einer Stelle umgesetzt werden könnten, um sie dann nachzubessern oder auf weitere Maßnahmen in der Stadt zu übertragen.

Für das Modellquartier Baumheide, so erläutert Frau Choryan, sei ein Fußwegenetz entwickelt worden, welches auf bereits bestehenden Netzen aufbaue. Dabei seien beispielsweise das Freiraumentwicklungskonzept, das Grüne Wege Konzept sowie auch die INSEK-Maßnahmen berücksichtigt worden. Als Pilotprojekte biete sich für Baumheide z.B. die

Umsetzung einer Spiel- oder Sportroute an. Wichtigster Teil der Strategie seien die Handlungsempfehlungen, dabei insb. die Gestaltungsleitlinien und die Qualitätskriterien. U.a. sei vorgesehen, Fuß- und Radverkehr möglichst getrennt zu führen.

Zu dem Verein FUSS e.V. erläutert Frau Choryan abschließend, dass dieser etliche Materialien zur Unterstützung für die Arbeit der Kommunen herausgegeben habe.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich für die Ausführungen und weist darauf hin, dass in der Vorlage auch Maßnahmen enthalten seien, deren Umsetzung die BV bereits beschlossen habe und benennt beispielhaft die Problematik des Schwerlastverkehrs in der Heidenheimer Str. / im Schelpmilser Weg. Maßnahmen in diesem Bereich seien bislang vom Amt für Verkehr abgelehnt worden.

Herr Dr. Elsner zeigt sich vor dem Hintergrund der Gestaltung des Jahnplatzes erstaunt über den Ansatz, Fuß- und Radwege getrennt führen zu wollen.

Darüber hinaus merkt er an, aus seiner Sicht sei es sinnvoller, weitere Investitionen in die Umsetzung von durch die BV bereits beschlossenen bzw. beantragten Maßnahmen fließen zu lassen, als in weitere Konzepte zu investieren, die sich zudem noch selbst widersprechen.

Frau Klemme-Linnenbrügger erklärt, die Forderung im Konzept nach einer Beleuchtung der Fußwege gehöre aus ihrer Sicht zur Verkehrssicherung von Wegen. Dies bedürfe keines Konzeptes.

Auf Nachfrage von **Frau stellvertretender Bezirksbürgermeisterin Grünewald** erklärt Frau Choryan, dass sich 65 Bürger*innen im Stadtbezirk an der online-Befragung beteiligt hätten und die Teilnahme in den Bezirken unterrepräsentiert sei.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald erklärt, sie erwarte von der Verwaltung, dass die Vorschläge auf den Bezirk heruntergebrochen werden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion abschließend dahingehend zusammen, dass die BV mit der Verwaltung zu diesem Thema konstruktiv im Gespräch bleiben wolle und die Verwaltung gebeten werde, in einer der nächsten Sitzungen erneut -bezogen auf den Stadtbezirk- zu berichten.

Unter Berücksichtigung der o.a. Anmerkungen ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen lehnt die Vorlage in der vorliegenden Fassung ab und bittet die Verwaltung erneut bezogen auf den Stadtbezirk zu berichten. Dabei sind insbesondere die Beteiligung der Bezirksvertretung im Verfahren sowie die Einhaltung der Kompetenzen der Bezirksvertretung in der Beratung und Umsetzung der Maßnahmenvorschläge zu beachten.

Die BV bekräftigt noch einmal ihren Antrag auf Erstellung eines gesamtheitlichen Mobilitätskonzeptes für den Stadtteil Baumheide.

- einstimmig beschlossen -

- Die Beschlussvorlage in der vorgelegten Fassung wurde einstimmig abgelehnt -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich – TOP 7*

-.-.-

Zu Punkt 8

Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030 **hier: Darstellung des Umsetzungskonzeptes zur Realisierung** **der Mobilitätsstationen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5458/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung und begrüßt Frau Choryan vom Amt für Verkehr zur Berichterstattung.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die Ausführungen zur Ausstattung des Braker Bahnhofs mit einer Mobilitätsstation der Größe L und erklärt, nach ihrem Kenntnisstand befänden sich der Braker Bahnhof sowie die dazu gehörenden Parkplätze in Privatbesitz. Sie fragt nach, wie das Konzept der Größe L dort umgesetzt werden solle.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) regt an, die Anzahl der Fahrradabstellplätze an dem Standort Hassebrock, für den eine Mobilitätsstation der Größe M vorgeschlagen werde, zu erhöhen und insgesamt mehr als vier Plätze anzubieten.

Generell merkt sie zu der Ausprägung der Stationen an, dass die Ausstattung mit einem WC „lediglich“ als Aspekt bei der Variante XL vorgesehen sei. Sofern die Akzeptanz und Nutzung des ÖPNV erhöht werden solle und die Mobilitätsstationen, deren Errichtung grds. zu begrüßen sei, auch in Anspruch genommen werden sollen, dann halte sie es für sehr sinnvoll, wenn auch in den kleineren Stationen ein WC vorgehalten werde. Ihr sei bewusst, dass die Finanzierung und auch die Pflege einer WC-Anlage mit Kosten verbunden seien, aber sie werbe dafür, dies zu prüfen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) bittet um Erläuterung der Aussage zu den jeweiligen Standortvorschlägen „es sind bereits Elemente der Mindestausstattung und der hohen Notwendigkeit vorhanden“ anhand des Beispiels Braker Bahnhof.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass mit der Vorlage auch Erwartungen bei den Bürger*innen hinsichtlich der Errichtung und Ausstattung der Stationen geweckt würden, ebenso durch die in der Vorlage für den Braker Bahnhof avisierte kurzfristige Umsetzung der Station. Deshalb bittet er darum, die Zeitscheine zu erläutern.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald nimmt Bezug auf die geplante Mobilitätsstation am Hassebrock und fragt nach, welche Fläche für die Erweiterung benötigt werde bzw. wie viele Stellplätze auf dem öffentlichen Parkplatz dafür entfallen würden.

Frau Choryan führt aus, dass der Verwaltung bekannt sei, dass es sich bei dem Braker Bahnhof um Privatflächen handele. Hinsichtlich der zeitli-

chen Umsetzung erklärt sie, dass die Einrichtung der Mobilitätsstation zusammen mit dem Umbau des Braker Bahnhofs geplant sei.

In Bezug auf die vg. Aussagen zur Notwendigkeit und Mindestausstattung erläutert Frau Choryan, dass fast an allen vorgeschlagenen Standorten bereits eine Mindestausstattung vorhanden sei, weil es dort bereits eine ÖPNV oder SPNV-Haltestelle gebe und an diesen Standorten seitens der Verwaltung auch eine Notwendigkeit für einen Ausbau gesehen werde.

Hinsichtlich der Nachfrage zur Station am Hassebrock führt Frau Choryan aus, dass der Platzbedarf für die Ausweitung der Mobilitätsstation noch zu ermitteln sei. Die Anregungen zur Anzahl der Fahrradstellplätze und auch hinsichtlich der Ausstattung der Stationen mit einem WC nehme sie gerne auf. Auf Nachfrage von Frau Choryan erklärt Frau Kreye, dass die WC Ausstattung grds. bei allen Stationstypen wünschenswert sei. Ggfls. könne vereinzelt auch ein Hinweis auf eine mögliche Nutzung einer in der Nähe gelegenen öffentlichen Toilette hilfreich sein.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt abschließend, dass es über die heute vorgelegte Informationsvorlage hinaus eine Beteiligung der Gremien zum Standort und zur Ausstattung der einzelnen Stationen geben müsse.

Die Festlegung der Standorte liege seines Erachtens in der Zuständigkeit der Bezirksvertretung.

Er weist darauf hin, dass auch die Planung zu den Mobilitätsstationen mit den weiteren Mobilitätskonzepten zusammenzuführen sei und hier keine Präjudizierung erfolgen dürfe. Es dürfe nicht dazu führen, dass sich die Routen der Fuß- und /oder Radwege nach dem Standort der Mobilitätsstationen richten.

Frau Choryan erläutert, dass es sich bei dieser Vorlage um eine Planungsgrundlage handele und die Verwaltung, soweit weitere Details erarbeitet worden seien, diese in der BV vorstellen werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 8*

Zu Punkt 9

Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen

hier: Grundschule Am Homersen **(Pos. 53, städtisches Bauprogramm)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5675/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und begrüßt Herrn Schöning vom Amt für Schule und Herrn Schwarz vom ISB zur Berichterstattung.

Herr Schöning führt eingangs aus, dass im Rahmen der Ganzheitlichen Schulentwicklungsplanung vom Rat u.a. beschlossen worden sei, an 10 Grundschulstandorten aufgrund steigender Schülerzahlen Zugerweiterungen

zu errichten. Zudem sei es erforderlich zur Erfüllung des ab dem Jahr 2026 geltenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen an 21 Standorten bauliche OGS-Raumerweiterungen vorzunehmen. Diese schulischen Baumaßnahmen seien im Zuge der Erarbeitung des städtischen Bauprogramms in die Gesamtplanung mit eingeflossen. Um diese Aufgaben auch in einem angemessenen zeitlichen Rahmen realisieren zu können, sei die Umsetzung, soweit an dem jeweiligen Schulstandort möglich, als Systembau vorgesehen.

Herr Schwarz erklärt, der ISB habe in Anlehnung an das im Rahmen der Schulentwicklungsplanung (SEP) beschlossene Raumprogramm zwei Funktionsdiagramme für Systembautypen für die OGS-Erweiterungen (klein und groß) und ein Funktionsdiagramm für die Zugerweiterungen entwickelt. Die Systembauten könnten je nach Bedarf als 1-bis 3-geschossige Gebäude errichtet werden. Durch die Systembauweise solle das Bauprogramm möglichst effektiv, zeitsparend und wirtschaftlich umgesetzt werden.

Herr Schwarz betont, die Standortvorschläge, die Funktionsdiagramme und die Dimensionen der Systembauten seien in gemeinsamen Terminen zwischen den Schulleitungen, dem Amt für Schule sowie dem ISB erörtert und abstimmt worden. Zusätzlich habe es gemeinsame Abstimmungstermine des ISB und des Amtes für Schule mit dem Bauamt und dem Umweltamt gegeben, um bau- und umweltschutzrechtliche Belange, wie z.B. die Belange der Baumschutzsatzung, in der jeweiligen Standortfindung zu berücksichtigen. Dabei habe sich ergeben, dass nicht alle Schulstandorte für die Erweiterung in Systembauweise geeignet seien. Deshalb müsse an einigen Standorten individuell geplant werden, weil die Grundstückgröße nicht auskömmlich sei oder die Regelungen der Baumschutzsatzung entgegenstünden.

Im Folgenden erläutert Herr Schwarz das Funktionsdiagramm für die OGS-Erweiterung an der GS Am Homersen, das der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt ist. Für diesen Standort werde der erweiterte Flächenbedarf mit einer Küchengröße von rd. 130 qm sowie einer Mensagröße von rd. 175 qm benötigt.

Frau Lammel (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf das Funktionsdiagramm und führt aus, dass das 1. OG mit insg. 4 Mehrzweckräumen mit jeweils rd. 50 qm symmetrisch aufgebaut sei. Sie gebe jedoch zu bedenken, dass aufgrund der im Umfeld der GS entstehenden Baugebiete ggfls. künftig die Möglichkeit bestehe, dass die GS eine Mehrklasse bilden müsse. Deshalb rege sie an, zwei der Mehrzweckräume mit je 75 qm vorzusehen, so dass diese ggfls. als Klassenräume genutzt werden könnten und die beiden verbleibenden Mehrzweckräume entsprechend kleiner zu setzen. Ggfls. sei auch zu prüfen, ob alle vier Räume in Klassengröße errichtet werden könnten.

Herr Schwarz erläutert, dass es sich bei der Anlage 2 lediglich um ein Funktionsdiagramm und nicht um einen Grundriss handele. Im nächsten Schritt sei daher die Umwandlung des Funktionsdiagramms in einen Grundriss vorgesehen. Die Raumgrößen seien nicht fest vorgeschrieben, sondern seien als Musterbeispiel anzusehen, wie eine Umsetzung aussehen könne. Die konkrete Ausgestaltung werde dann in Gesprächen mit der Schulleitung erörtert, so dass eine Anpassung je Standort möglich sei. Die Kubatur der Gebäude sei jedoch verbindlich und auch das EG mit den Größen für Küche und Mensa sei vorgegeben. Die Räume im 1. OG könnten jedoch variabel gestaltet werden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bekräftigt die Äußerungen von Frau Lammel und erklärt, die Variabilität sei der BV im Hinblick auf die anstehenden Baugebiete im Umfeld der GS wichtig.

Herr Schwarz stellt im Folgenden den vorgesehenen Standort für den Systembaukörper vor und führt aus, dass dieser alle planungsrechtlichen Voraussetzungen erfülle. Für die Baumaßnahme müsse ein Baum gefällt werden, eine Ersatzpflanzung könne jedoch in unmittelbarer Nähe erfolgen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, er halte es grundsätzlich für problematisch, wenn wegen der Regelungen der Baumschutzsatzung kein Standort für die Umsetzung von Systembauten auf dem jeweiligen Schulgelände mehr ermöglicht werden könne.

Hinsichtlich der im Umfeld der GS entstehenden Baugebiete gehe er davon aus, dass die zusätzlichen Klassenkapazitäten, die durch die neuen Baugebiete, für die die BV Aufstellungsbeschlüsse gefasst habe, entstehen, in den Planungen bereits berücksichtigt seien, andernfalls seien die vorgelegten Planungen obsolet und es müsse der Neubau ggf. größer geplant werden. Er erwarte, dass hier die zusätzlichen SuS aus den Baugebieten berücksichtigt seien und bittet um Stellungnahme.

Herr Schöning erklärt, die Beschlussvorlage sehe eine OGS- und keine Zugerweiterung vor. Für die GS im Stadtbezirk Heepen seien insgesamt 3 Zugerweiterungen vorgesehen. Die SEP werde aktualisiert und alle Baugebiete, die beschlossen seien, würden mit eingerechnet. Bei einer Zugerweiterung werde der Baukörper ein wenig größer werden (s. GS Heeperholz). Sollte sich der Bedarf an der GS Am Homersen manifestieren, wäre die Planung in der Lage, falls eine Zugerweiterung beschlossen werde, den Baukörper entsprechend um zu planen. Auch bei Zugerweiterungen würden die OGS-Kapazitäten mitgedacht.

Herr Dr. Elsner fragt nach, wenn wegen steigender Schülerzahlen OGS-Räume in Klassenräume umgeplant würden, ob dann die Kapazitäten für die OGS noch auskömmlich seien.

Herr Schöning erwidert, dass nicht davon auszugehen sei, dass jede zusätzliche OGS-Gruppe auch einen zusätzlichen, separaten OGS-Raum erhalte. Das Amt für Schule habe bei den Zugerweiterungen das Thema OGS-Kapazitäten sowohl hinsichtlich der Größe von Mensa und Küche, als auch im Hinblick auf die allgemeinen Flächenkapazitäten im Blick.

Herr Dr. Elsner ergänzt, aus seiner Sicht sei aufgrund der Baugebiete langfristig eine Zugerweiterung an der GS Am Homersen nicht zu umgehen. Vielleicht könnten diese Überlegungen hinsichtlich der Notwendigkeit einer Zugerweiterung jetzt massiv beschleunigt werden, um der BV einen angemessenen Vorschlag zu unterbreiten, zu welcher Schule / welchen Schulen die SuS aus den neuen Baugebieten gehen sollen. Dann könne die BV auch eher eine Beschlussfassung der Bebauungspläne für die anstehenden Neubaugebiete herbeiführen.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald nimmt Bezug auf die Aussage in der Vorlage, dass die Weitsprunganlage überbaut und an einer anderen Stelle neu verortet werden solle. Sie fragt nach, ob ggf. bereits ein neuer Standort für die Anlage ermittelt worden sei.

Des Weiteren fragt sie nach, ob die Modulbauweise bei Bedarf aufgrund der neuen Baugebiete aufgestockt oder neu geplant werden könne.

Hinsichtlich der Nachfrage zum neuen Standort der Weitsprunganlage erklärt Herr Schöning, dass aufgrund der Grundstücksgröße (rd. 20.000 qm) in jedem Fall ein neuer Standort ermöglicht werden könne, dieser aber noch nicht abschließend erörtert worden sei.

Frau Lammel bittet im Hinblick auf die o.a. Diskussion darum, möglichst vier Klassenräume im OG vorzusehen, so dass eine Flexibilität hinsichtlich einer Zugerweiterung gegeben sei.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher regt an, den Beschlussvorschlag um die vg. Anmerkungen zu ergänzen.

Unter Berücksichtigung der o.a. Anregungen ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen beschließt den OGS-Ausbau der Grundschule Am Homersen als 2-geschossigen Systembau am vorgeschlagenen Standort.

Zuvor ist der Raumbedarf im Hinblick auf eine mögliche Zugerweiterung aufgrund der geplanten Neubaugebiete im (Einzugs-)Bereich der Grundschule Am Homersen zu überprüfen. Über das Ergebnis ist der BV zeitnah zu berichten.

Im Rahmen der Raumplanung im 1. OG ist zu berücksichtigen, dass die Räume auch als Klassenräume genutzt werden können.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich – TOP 9*

-.-.-

Zu Punkt 10

Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen hier: Grundschule Heeperholz (Pos. 93, städtisches Bauprogramm)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5686/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Ergänzend zu den allgemeinen Erläuterungen zu TOP 9 führt Herr Schwarz aus, dass für die GS Heeperholz eine Zugerweiterung als 2-geschossiger Baukörper in Systembauweise vorgesehen sei. Im 1. OG seien u.a. vier Klassenräume mit jeweils ca. 75 qm geplant.

Hinsichtlich des Standortes führt er aus, dass ein Systembau auf dem Schulgelände realisiert werden könne. Das Gebäude solle im östlichen Bereich des Grundstückes verortet werden. Die beiden dort vorhandenen Bäume könnten in Absprache mit dem Umweltamt beseitigt und dafür an anderer Stelle neu gepflanzt werden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass für die GS Heeperholz hinsichtlich der Bebauungsgebiete das gleiche gelte wie für die GS Am Homersen (s. TOP 9), da noch nicht klar sei, zu welcher Schule die SuS letztendlich zugeordnet werden.

Auf Nachfrage von Frau Lammel (SPD-Fraktion), ob die Größe der Mensa für die Anzahl der SuS ausreichend sei, führt Herr Schöning aus, dass die Verwaltung bei der Berechnung der Mensa-Kapazitäten eine 90%ige Versorgungsquote, die im Schnitt erreicht werden solle, und eine Essensversorgung im 3-Schicht-System zugrunde lege. Darauf seien die Kapazitäten ausgerichtet.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf die Erläuterungen unter TOP 9 und erklärt, er gehe davon aus, dass die Mensa-Kapazität nicht nur auf den Bestand, sondern auch auf die Zugerweiterung ausgerichtet sei.

Dazu führt Herr Schöning aus, dass die Verwaltung in der Spitze 348 SuS zugrunde gelegt habe. Dies sei die max. Zügigkeitsauslastung.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) fragt nach, ob geplant sei, die Gebäude auch mit Photovoltaik auszustatten und wie die Beheizung der Räume erfolgen solle.

Herr Schwarz erläutert, diese Themen würden berücksichtigt. Die Gebäude müssten, da es sich auch um ein großes Bauvolumen handle, zertifiziert werden und dabei seien Nachhaltigkeitsstandards zu berücksichtigen, d.h. die Gebäude würden mit PV-Modulen ausgestattet, energiesparend ausgelegt und effektiv beheizt.

Auf Nachfrage von Frau Lammel zum Zeitplan führt Herr Schwarz aus, dass die Bauphase bei Systembauten wesentlich kürzer sei, als bei einer individuellen Planung. Derzeit plane die Verwaltung mit rd. 1 Jahr Bauzeit bei den Systembauten.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, er gehe davon aus, dass die BV bei der Ausgestaltung des Systembaus ebenfalls beteiligt werde, es sei denn, diese würde stadtweit einheitlich gewählt.

Herr Dr. Elsner erklärt abschließend, dass in der Systembauweise die Chance läge, zeitnah eine Lösung zu realisieren. Er spreche sich dafür aus, an Standorten, an denen es ermöglicht werden könne, auf die Systembauweise zurückzugreifen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion zusammen und

es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Bezirksvertretung Heepen beschließt den Erweiterungsbau (Zugenerweiterung) als 2-geschossigen Systembau am vorgeschlagenen Standort.

Zuvor ist der Raumbedarf aufgrund der geplanten Neubaugebiete im (Einzugs-)Bereich der Grundschule Heeperholz zu überprüfen. Über das Ergebnis ist der BV zeitnah zu berichten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich – TOP 10*

-.-.-

Zu Punkt 11

Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen **hier: Grundschule Brake** **(Pos. 67, städtische Bauprogramm)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5682/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Ergänzend zu den allgemeinen Erläuterungen zu TOP 9 führt Herr Schwarz aus, dass für die OGS-Erweiterung an der GS Brake mehrere Faktoren für eine individuelle Planung sprächen.

Zum einen sei es in diesem Rahmen möglich, das komplette Schulgelände barrierefrei zu gestalten, zum anderen könnten Mensa und Küchenräume erweitert und der Toilettentrakt überarbeitet werden.

Auf Nachfrage von Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher zum Verfahrensablauf bei einer individuellen Bauplanung führt Herr Schwarz aus, dass hier eine klassische Bauabwicklung erfolge, d.h. die Planung werde an ein Planungsbüro vergeben, danach erfolge die Ausschreibung und eine Einzelvergabe sowie auch das klassische Beteiligungsverfahren der zuständigen Gremien.

Herr Schöning ergänzt, dass für diesen Standort auch die Errichtung in Systembauweise geprüft worden sei, beispielsweise auf dem unteren Schulhof. Jedoch sei dies wegen der bestehenden Feuerwehrezufahrt nicht möglich gewesen. Zudem biete sich bei einer individuellen Planung die Möglichkeit, das Gebäude mit überschaubarem Aufwand barrierefrei herzurichten, wenn man mehrgeschossig anbaue. Darüber hinaus sei der Verwaltung das Thema der Toilettensanierung sehr wichtig.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) erklärt, es sei geplant, bis zur Fertigstellung des Neubaus in 2027 zunächst Ende des 4. Quartals 2023 ein Interimmodul zu errichten. Sie fragt nach, an welchem Standort dieses geplant sei.

Herr Schöning führt dazu aus, die erste Überlegung sei gewesen, dies auf dem oberen Parkplatz vorzusehen, dort hätten vor einigen Jahren bereits Pavillons gestanden. Aber auch ein Standort auf dem unteren Schulhof sei möglich, um damit eine größere Nähe zur OGS / Mensa und den Toiletten herzustellen. Der Standort sei mit der neuen Schulleitung noch zu erörtern. Es bestünden beide Optionen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) äußert, es sei nachvollziehbar, dass hier eine individuelle Planung erforderlich sei, ihm sei wichtig, dass die Fertigstellung – wie in der Vorlage avisiert – auch im Jahr 2027 erfolge.

Er fragt nach, wie die Beteiligung der Schulöffentlichkeit (Lehrer, etc.) geplant sei und welche Formate dabei denkbar seien. Es sei wichtig, die Schule bei einer derart zukunftsweisenden Planung mitzunehmen. Allerdings sollte dies auch nicht zu einer wesentlichen zeitlichen Verzögerung führen. Hier sei ein guter Mittelweg anzustreben.

Herr Schwarz führt dazu aus, dass bei einer individuellen Planung die Beteiligung gewährleistet sei.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bekräftigt, dass einerseits Zeitdruck bestehe, andererseits ein angemessenes Beteiligungsverfahren von Bedeutung sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 11*

-.-.-

Zu Punkt 12

Zugenerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen **hier: Grundschule Wellbach (Pos. 53, städtische Bauprogramm)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5693/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Ergänzend zu den allgemeinen Erläuterungen zu TOP 9 führt Herr Schwarz aus, dass die OGS-Erweiterung an der Grundschule gemeinsam mit der Erweiterung an der Realschule Am Schlehenweg zu betrachten sei. Hier solle im nächsten Schritt eine Machbarkeitsstudie für die Erweiterungen an beiden Standorten erfolgen. Um Synergieeffekte nutzen zu können, werde hier eine individuelle Planung vorgesehen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher weist darauf hin, dass an dem Standort bereits Modulbauten vorhanden seien und es sich um ein schwieriges Schulgelände handele.

Frau Lammel (SPD-Fraktion) führt aus, dass im Einzugsbereich der Wellbachschule ein Anmeldeüberhang aus dem eigenen Einzugsbereich gegeben sei. Wenn an dieser Schule eine OGS-Erweiterung vorgesehen werde, dann rege sie an, die Räume in Klassengröße zu planen, so dass bei Bedarf eine Mehrklasse gebildet werden könne.

Herr Schöning weist darauf hin, dass auch hier eine individuelle Planung vorgesehen sei und die Räumlichkeiten bedarfsorientiert geplant werden könnten. Hierzu seien Gespräche mit der Schulleitung vorgesehen. Aufgrund der Größe der Schulhoffläche von rd. 5.400 qm seien Möglichkeiten gegeben.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, es sei nachvollziehbar, hier individuell zu planen. Sorgen bereite ihm jedoch die Zeit-

schiene, die noch nicht benannt worden sei. Er fragt nach, wie der Zeitplan für die Schule(n) aussehe und weist darauf hin, dass der Druck an der Grundschule hoch sei.

Herr Schöning führt aus, dass auch ein Druck an der Realschule gegeben sei, das alte Hauptschulgebäude so anzupassen, dass es für die Realschule geeignet sei. Deshalb habe auch die Verwaltung ein hohes Interesse an einer zügigen Umsetzung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 12*

-.-.-

**Zu Punkt 13 Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen
hier: Grundschule Oldentrup (Pos. 56, städtisches Bauprogramm)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5694/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Ergänzend zu den allgemeinen Erläuterungen zu TOP 9 führt Herr Schwarz aus, dass die Aufstellung eines Baukörpers in Systembauweise für die Zugerweiterung an der GS Oldentrup aufgrund der schwierigen Grundstückssituation mit dem äußerst schützenswerten Baumbestand sowie dem bestehenden Übergang in den angrenzenden Grünzug nicht möglich sei.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf die Aussage zum schützenswerten Baumbestand und weist darauf hin, dass die Baumschutzsatzung in § 5 Ausnahme- und Befreiungstatbestände von dem Verbot vorsehe, so z.B. in § 5 Abs. 1 Buchst. e) „wenn die Beseitigung oder Veränderung des geschützten Baumes aus überwiegendem öffentlichen Interesse dringend erforderlich ist“. Er fragt nach, wer die Entscheidung getroffen habe, dass eine Ausnahme von der Satzung hier nicht in Betracht komme. Damit werde eine zügige Umsetzung der Zugerweiterung in Systembauweise verhindert. Es sei nicht seine Absicht, die Baumschutzsatzung auszuhebeln. Diese Abwägungsentscheidung sei aber nicht in der BV getroffen worden und es sei fraglich, ob die Verwaltung dies allein entscheiden könne. Ggfls. könne dadurch eine prekäre Situation an der GS entstehen, wenn die Verwaltung mit der Individualplanung nicht rechtzeitig fertig werde.

Seine Fraktion stelle deshalb folgenden Antrag:

Die Bezirksvertretung Heepen bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Zugerweiterung aufgrund der besonderen Bedarfssituation in Systembauweise erfolgen kann.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald verweist auf die

Aussage in der Vorlage, dass für die GS Oldentrup eine Machbarkeitsstudie erstellt werden solle, deren erste Ergebnisse im Laufe des Jahres 2023 erwartet würden. Diese Zeitschiene zweifle sie an. Sie mache darauf aufmerksam, dass die GS Oldentrup Einzugsbereich für das neue Baugebiet Amerkamp mit 365 WE inkl. sozialem Wohnungsbau sei. Dar- aus würden ihres Erachtens mehr als 10 Kinder / Jahrgang hervorgehen. Sie fragt nach, ob der ISB die Machbarkeitsstudie selber durchführe oder an ein Planungsbüro vergebe.

Herr Schwarz führt dazu aus, dass beide Varianten denkbar seien. Dies sei von denen im ISB vorhandenen Kapazitäten abhängig. Er gehe davon aus, dass zu dem genannten Datum die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vorlägen. Dies sei realistisch.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf das Baugebiet Amerkamp und erklärt, man spreche bei der Umsetzung des Gebietes von ggfls. 3 – 5 Jahren und es sei wichtig dies in die Planungen einzubeziehen.

Herr Schöning führt aus, das neue Baugebiet Amerkamp sei mit der auslösende Grund für die Zugerweiterung an der GS Oldentrup. Es sei geplant, dort einen größeren Baukörper zu errichten und die benötigten Raumkapazitäten entsprechend abzubilden. Dann könnten die derzeit von der GS in der Ernst-Hansen-Schule genutzten Räume auch wieder an die EHS zurückgegeben werden.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stimmt den vg. Ausführungen zu und erklärt, die EHS habe hinsichtlich der Raumkapazitäten großen Druck und deshalb sei eine schnelle Lösung wichtig.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Zugerweiterung aufgrund der besonderen Bedarfssituation durch das Baugebiet Amerkamp zeitnah in Systembauweise -unter Berücksichtigung des Ausnahmetatbestandes der Baumschutzsatzung- erfolgen kann.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 13*

-.-.-

Zu Punkt 14

Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen **hier: Grundschule Milse (Pos. 94, städtisches Bauprogramm)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5695/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvor-

lage der Verwaltung.

Ergänzend zu den allgemeinen Erläuterungen zu TOP 9 führt Herr Schwarz aus, dass an der GS Milse die Erweiterung um einen Zug als individuelle Planung vorgesehen sei. Aufgrund des beengten Grundstücks sei die Aufstellung eines systemisch geplanten Baukörpers nicht möglich. Deshalb müsse hier eine individuelle Planung erfolgen.

Er weist darauf hin, dass eine Zugerweiterung nur dann benötigt werde, wenn die angrenzenden Flächen nördlich der Milser Straße bebaut werden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, wenn das Baugebiet erschlossen werde, dann werde es einen entsprechenden Neubau geben müssen. Fraglich sei, ob die GS in der Übergangszeit, d.h. in den nächsten Jahren, im jetzigen Gebäude noch angemessene Bedingungen für den Schulunterricht vorfinde.

Herr Schöning erklärt, nach jetzigem Stand sei die 3-Zügigkeit, wenn das Baugebiet nicht realisiert werde, ausreichend. Dann müsse eine Betrachtung der OGS-Situation erfolgen, d.h. der Küchen- und Mensa-Bereich müsse verbessert werden. Das Schulgelände umfasse nur 11.000 qm, davon seien nur rd. 2.300 qm Schulhoffläche. Dort könne kein weiterer Bau entstehen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass ein Neubau der Schule fertig gestellt sein müsse, bevor die Bebauung dort beginne.

Des Weiteren weist er darauf hin, die Schule bewege sich aktuell räumlich am Limit. Er halte es für schwierig, die Schule immer weiter zu vergrößern. Er rege deshalb an, mit der Schulleitung zu erörtern, welche Maßnahmen im Bestand möglichen seien, um die Situation in der Übergangszeit zu verbessern.

Frau Lammel (SPD-Fraktion) ergänzt, dass im Hinblick auf die OGS-Situation ein dringender Handlungsbedarf an der GS gegeben sei. Dies sei bereits auch festgestellt worden, denn die Schule sei in der Bewertung zum OGS-Ausbaubedarf 2018/2019 auf Platz 1 geführt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 14*

-.-.-

Zu Punkt 15

10 + 1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors,

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5584/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage des Umweltamtes.

Herr Skarabis führt eingangs aus, dass die Verwaltung im Vorfeld der Sitzung als Alternativstandort für das Projekt die Grünanlage „Hassebrock“ vorgeschlagen habe.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) erklärt, grundsätzlich könne ihre Fraktion der Vorlage zustimmen. Hinsichtlich des Standortes im Stadtbezirk Heepen rege sie an, den Gedenkbaum – entgegen der Vorschläge der Verwaltung - am Standort Rüggesiek / Amtmann-Bullrich-Straße aufzustellen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher ergänzt, dass auf diesem Teilstück vom dem Verein „Transition Town“ bereits vor rd. 4 Jahren Beerensträucher gepflanzt worden seien. Deshalb gehe er davon aus, dass die notwendige Pflege und Aufmerksamkeit dort erreicht werde und dies auch mit einer gewissen Aufenthaltsqualität verbunden werden könne.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis90/Die Grünen) führt aus, generell hätte ihre Fraktion die Errichtung eines zentralen Gedenkstandortes befürwortet, dennoch könne sie der Vorlage grundsätzlich zustimmen. Aber auch ihre Fraktion möchte hinsichtlich des Standortes eine von den Verwaltungsvorschlägen abweichende Standortidee unterbreiten, da der Standort eine gewisse Aufenthaltsqualität aufweisen sollte. Sie rege an, als möglichen Standort das Gelände der ehemaligen Tieplatzschule (entweder auf dem Rasen oder auf dem Außengelände durch Entsiegelung einer Teilfläche) zu prüfen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher gibt hinsichtlich dieses Standortes zu bedenken, dass dafür die Überlegung bestünde, den Standort unter Einbeziehung des Außengeländes ggfls. als Kita zu nutzen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) weist darauf hin, bei der vom Landesintegrationsrat NRW in 2020 ins Leben gerufene Kampagne „10 + 1 Bäume für die Opfer des NSU“ sei vorgesehen, in jeder Kommune elf neue Bäume anzupflanzen, zehn Bäume für die zehn Opfer des NSU und einen Baum für alle anderen, zum Teil unbekannten Opfer rassistischer Angriffe.

In der Vorlage werde jedoch von „10 + 1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ gesprochen. Er halte diese Änderung für problematisch. Es stünde ein Baum für alle anderen Opfer des rassistischen Terrors. Dies sei arithmetisch nicht korrekt, allerdings falle die Grundsatzentscheidung nicht in die Zuständigkeit der BV, die lediglich über den Standort zu beraten habe. Bezüglich des Standortes schließe sich seine Fraktion dem Vorschlag der SDP-Fraktion an.

Abschließend äußert Herr Dr. Elsner, grundsätzlich hätte auch seine Fraktion und hier schließe er sich den Ausführungen von Frau Kreye an, einen zentralen Gedenkort befürwortet.

Herr Skarabis weist auf den ergänzenden Beschluss des Integrationsrates aus der Sitzung am 22.02.2023 hin, indem *der IR dem Rat empfehle, darüber hinaus den Ausbaustandart B mit Stelen und Sitzbänken zu beschließen. Zur Finanzierung soll ein Budget von 83.000 € aus den Restmitteln des Integrationsbudgets zur Verfügung gestellt werden.*

Die Mitteilung des Dezernates für Soziales und Integration zu dieser Beschlusslage sei vor Beginn der Sitzung an die Mitglieder verteilt worden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass es sich um eine Empfehlung des Integrationsrates gegenüber dem Rat handele.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt dem Rat der Stadt die Umsetzung des Projektes „10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ entsprechend der dargelegten Ausgestaltung zu beschließen. Die Bezirksvertretung beschließt die Umsetzung im Stadtbezirk Heepen auf der öffentlichen Grünfläche im Bereich Rüggesiek/Amtmann-Bullrich-Straße (Gemarkung Heepen, Flur 8, Flurstück 2519).

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich – TOP 15*

-.:-

Zu Punkt 16 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

**Zu Punkt 16.1 Maßnahmen zur Verbesserung der Ärzteversorgung im Stadtbezirk Heepen
(BV Heepen, 28.04.2022, Ds. 3856/2020-2025, TOP 7.3)**

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag der BV aus o.a. Sitzung.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) merkt an, dass sich die in dem Bericht der Verwaltung benannten Versorgungsquoten nicht mit der Wahrnehmung der Bevölkerung decke. Er regt an, Kennzahlen zur Steuerung von Niederlassungsprozessen zu entwickeln, die den Realitäten der Bevölkerung entsprächen. Es könne nicht sein, dass Eltern mit ihren Kindern z.B. zum Kinderarzt in umliegende Städte und Gemeinden fahren müssten, weil sie in Bielefeld nicht mehr angenommen würden. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, warum im Ergebnis festgestellt werde, dass die hausärztliche und kinderärztliche Versorgungsquote lt. Bedarfsplanung passend sei und keine Unterversorgung ausweise.

Die Probleme würden immer wieder im INSEK Baumheide aufgezeigt und benannt, aber es spiegele sich offensichtlich in den Planungsprozessen nicht wieder.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher berichtet, dass die BGW über einen längeren Zeitraum Räumlichkeiten in Baumheide für die Ansiedlung einer Arztpraxis freigehalten habe, aber es sei keine Belegung durch einen Arzt erfolgt.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald ergänzt, dass die Räumlichkeiten auch weiterhin zur Verfügung stünden, da seitens der BGW keine Umwandlung in Wohnraum geplant sei. Eine zwischenzeitli-

che Nutzung als Gemeinschaftsräume stehe der Ansiedlung einer Arztpraxis nicht entgegen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 16.1*

-.-.-

Zu Punkt 16.2 Angebote der Musik- und Kunstschule im Stadtbezirk Heepen (BV Heepen, 09.02.2023, Ds. 5484/2020-2025, TOP 6.1)

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Antwort der Musik- und Kunstschule zu o.a. Antrag.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für die Informationen, jedoch sei sie mit dem Angebot auch weiterhin nicht zufrieden. Besonders enttäuschend sei, dass der Elementarunterricht nur an zwei Grundschulen im Stadtbezirk stattfinde. Die BV müsse mit der MuKu weiter im Gespräch bleiben, damit im Stadtbezirk weitere Angebote installiert würden. Insgesamt sei das Kursangebot zwar etwas verbessert worden, aber das reiche aus ihrer Sicht noch nicht aus.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) regt an, Frau Köpke, als neue Leiterin der MuKu ab 01.08.2023, zu gegebener Zeit in den Arbeitskreis VHS/Kultur einzuladen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 16.2*

-.-.-

Zu Punkt 16.3 Priorisierung von Erstklässlerinnen und Erstklässlern (BV Heepen, 09.02.2023, Ds. 5486/2020-2025, TOP 6.2)

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Antwort des Amtes für Schule zu o.a. Antrag.

Herr Skarabis führt ergänzend zu der Antwort der Verwaltung aus, dass das Amt für Schule hinsichtlich der Frage der freiwilligen Selbstverpflichtung ferner folgendes mitgeteilt habe:

„Wie bereits in der schriftlichen Stellungnahme mitgeteilt, ist eine Priorisierung von Kindern, die aufgrund von Anmeldeüberhängen nicht die wohnortnächste Grundschule besuchen können, nicht vorgesehen. Daran kann auch eine „freiwillige“ Selbstverpflichtung nichts ändern, da es rechtlich nicht erlaubt ist.“

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) verweist auf seine Ausführungen unter TOP 2 der heutigen Sitzung und erklärt, seine Fraktion werde zeitnah zu diesem Thema einen Antrag einbringen.

Er sei der Auffassung, dass hier eine Lösung gefunden werden könne. Seiner Ansicht nach seien auch viele Schulleitungen dazu bereit, aber es fehle bislang an der Initiative aus der Verwaltung.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zeigt sich ebenfalls enttäuscht über die Antwort.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 16.3*

-.-.-

**Zu Punkt 16.4 Verkehrssicherheit im Stadtbezirk Heepen
(BV Heepen, 17.11.2022, Ds. 5058/2020-2025, TOP 6.3)**

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Bericht des Ordnungsamtes zu o.a. Antrag.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünwald merkt an, dass die in der Übersicht benannte Straße „Am Venn“ nicht zum Stadtbezirk Heepen gehöre.

Des Weiteren regt sie an, sofern die Auflistung der Straßen, in denen Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt worden seien, abschließend sei, dann spreche sie sich dafür aus, dass die BV perspektivisch berate, welche weiteren Messstellen eingerichtet werden sollten.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, die BV werde die aus der Liste ersichtlichen Auffälligkeiten an einzelnen Stationen bewerten.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) nimmt Bezug auf die Auswertung der Messungen an der Straße Heeperholz und die Diskussionen zur Verkehrssicherheit in diesem Bereich in den vorangegangenen Sitzungen. Sie weist auf die hohe Anzahl an Verstößen hin. Dies sei sehr auffällig, so dass sie anrege, dies noch einmal in der BV zu thematisieren.

Herr Skarabis gibt zu bedenken, dass aus der Auflistung nicht erkennbar sei, in welchem Verhältnis die Anzahl der Verstöße im Vergleich zu dem Gesamtverkehrsaufkommen stünde.

Frau Kreye erwidert, dass die Anzahl der Verstöße aus ihrer Sicht auch aussagekräftig sei. Das Ziel der BV für die Straße Heeperholz sei gewesen, den Verkehr in diesem Bereich zu verlangsamen, z.B. durch eine weitere Querungshilfe, um die Situation zu entschärfen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher stimmt Frau Kreye zu und ergänzt, es werde deutlich, dass die gefahrene Geschwindigkeit auf der Straße Heeperholz zu hoch sei und deshalb sei es richtig, hier weiter nachzuhaken.

Frau Klemme-Linnenbrügger (Vorsitzende der SPD-Fraktion) fragt nach, warum in der Liste die Messungen auf der Engerschen Straße in Höhe des Kindergartens nicht enthalten seien. Sie bittet um Rückmeldung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich - TOP 16.4*

-.-.-

Zu Punkt 16.5 Bushaltestellen für Heeper Buslinien am Jahnplatz
(BV Heepen, 25.08.2022, Ds. 4433/2020-2025, TOP 6.3)

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Stellungnahme des Amtes für Verkehr.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, in Teilen sei die Stellungnahme der Verwaltung nachvollziehbar, dennoch rege seine Fraktion an, dass für die Bereiche, die von Fahrgästen besonders frequentiert werden, möglichst kurze Wege beim Umstieg bestehen. Er bitte deshalb um Prüfung, ob durch einen Tausch von Haltestellen-Zuordnungen, z.B. für die vielen Fahrgäste in Richtung Heepen, eine Verkürzung des Weges zur U-Bahn-Station ermöglicht werden könne.

Darüber hinaus bitte er zu prüfen, ob der Wetterschutz am Bahnsteig E vergrößert werden könne.

Es besteht Einvernehmen, diese Bewertung sowie die o.g. Prüfaufträge als Votum der Bezirksvertretung an die Mitglieder des StEA zu übermitteln.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 09.03.2023 - öffentlich – TOP 16.5*

-.-.-

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Kerstin Nebel
Schriftführerin